

Eingeholt von seiner dunklen Geschichte

Kistarcsa - Deportationslager für Juden, Haftanstalt für "Politische", zuletzt Europas größtes Abschiebegefängnis

(1995)

In diesen Tagen wird Kistarcsa, das wohl größte Abschiebegefängnis Europas, geschlossen. In den letzten fünf Jahren sind in dem Haftkomplex östlich von Budapest ungefähr 20.000 Flüchtlinge und MigrantInnen inhaftiert gewesen. Nun hat die Geschichte das Gelände eingeholt. In Kistarcsa waren seit März 1944 viele Budapester Juden und Jüdinnen vor ihrer Deportation nach Auschwitz interniert. Anfang August erhielt ein Mitarbeiter der Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration eine Besuchsgenehmigung.

Das schwere Eisentor, bewehrt mit Stacheldraht, rollt zur Seite. Das Auto, das langsam auf das Gelände rollt, wird sofort umringt: Die Gefangenen sind auf dem Innenhof, auf dem Weg zum Essen. Da das Lager Mitte August seine Tore endgültig schließen soll, befinden sich dort nur noch eine Gruppe Afrikaner und eine Lettin. Sofort beginnen Auseinandersetzungen mit den Polizisten: Die Afrikaner bestehen darauf, daß die Besucher mitkommen und sich das kärgliche Mahl ansehen; sie möchten verhindern, daß die Besucher gleich abgefangen werden und den blumigen Erklärungen der Polizisten Glauben schenken. Tatsächlich ergeht sich Polizeioberst Nagy Istvan, Leiter des Abschiebegefängnisses, wenige Minuten später in langatmigen Ausführungen über fünf verschiedene Essensmöglichkeiten - "je nach Religion". Aber der Augenschein hat bereits anderes gezeigt: die Armseligkeit einseitiger und monotoner Ernährung. Auf Anraten von Taye Kebede, einem Mitglied der Budapester Martin-Luther-King-Organisation, sind Früchte im Autogepäck, ebenso Seife und Hygieneartikel. Die 18 Afrikaner sind im letzten Winter über die Berge des ehemaligen Jugoslawiens nach Ungarn gekommen. Mehrere ihrer Freunde sind dort auf der Flucht vor Kälte und Hunger gestorben. Sie haben keine Papiere und können daher weder nach Serbien noch in ein afrikanisches Land abgeschoben werden. Viele sagen, sie kommen aus Ruanda und haben ihre Verwandten in dem Bürgerkrieg verloren. "Warum sperrt man uns ein? Warum nimmt man uns unsere Zukunft?" Sie sind buchstäblich übriggeblieben auf dem großen Areal mit den mehrstöckigen Gefängnisbauten, übriggeblieben mit den auch zahlenmäßig überlegenen Aufpassern, den Polizisten. Mittlerweile haben sie - in dieser letzten Phase des Aufenthalts in Kistarcsa - hier unvergleichlich mehr Bewegungsspielraum als in deutschen Abschiebegefängnissen. Sogar Freigang können sie bekommen. Da sie über kein Geld zum Überleben verfügen, endet jeder Freigang an der Peripherie Budapests mit der Rückkehr nach Kistarcsa. "Eine Fahrt ins Zentrum nach Budapest können wir nicht bezahlen", bemerkt einer von ihnen. Erst dann hätten sie eine Chance, Anschluß zu finden und an einer Möglichkeit zur Weiterreise zu arbeiten. Das ist ihr Traum. Die bevorstehende Schließung von Kistarcsa und ihre Verlegung bedeutet für sie ein jähes Ende dieses Traums. Das gesamte Gelände ist vor einem guten Jahr renoviert worden. Zur Imagepflege wurden gar Blumenrabatten angelegt. Aber der überdimensionale Wachturm, die eindeutige Architektur der Hafthäuser mit ihren Rampen und die Gitter überall im Inneren der Anstalt ließen sich nicht wegretuschieren. Die Afrikaner führen die Besucher durch riesige Schlafsäle, auch die sind nun in einem blendenden Weiß gestrichen. Umbauten der Räumlichkeiten wurden nicht vorgenommen: Für Toilette, Bad und Küche gibt es bis heute kaum Platz. Renovierungen, neuer Anstrich, neuer Namen: bis vor wenigen Wochen hieß das Gefängnis für eine kurze Episode seiner Geschichte Kerepestarcsa. Es war vor der Abschiebung die letzte Station für MigrantInnen, deren Visa abgelaufen waren, für illegal Durchreisende, für Flüchtlinge aus aller Welt, für verurteilte Ausländer, für StudentInnen, die nach Beendigung ihres Studiums in ihre afrikanischen oder asiatischen Herkunftsländer angesprochen werden sollten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, können nach illegaler Einreise nur EuropäerInnen einen legalen Aufenthaltsstatus bekommen. Taye Kebede bemerkt bitter: "Trotz aller Versprechungen hat die

ungarische Regierung noch immer nicht die Genfer Konvention für Menschen aus fernen Ländern unterzeichnet." Menschen aus fernen Ländern, wie Kebede sie nennt, fallen den Razzien auf den Straßen, Bahnhöfen und Märkten in Budapest am häufigsten zum Opfer. Selbstbewußt betont Oberst Nagy Istvan, daß von den 20.000 Häftlingen insgesamt sechzig Prozent durch Polizeikontrollen in dieses Gefängnis geraten seien. Die jetzigen Haftbedingungen sind ganz und gar nicht vergleichbar mit den Verhältnissen der letzten fünf Jahre. Menschenrechtsorganisationen wie die Martin-Luther-King-Organisation, die die Häftlinge in Kistarcsa regelmäßig besuchten, können auf eine lange Liste der Unmenschlichkeit in dem Lager verweisen. Jahrelang sei den Gefangenen Briefkontakt untersagt worden, die Ernährung habe nur aus Brei, Brot und Suppe bestanden und deutliche Mangelercheinungen verursacht. Kalorien- und vitaminreiche Nahrung mußten helfende Nichtregierungsorganisationen organisieren und als Geschenke durch die Kontrollen bringen. Kistarcsa behielt seinen Ruf als Ort der Rechtlosigkeit. Proteste begleiteten über die Jahre die Situation, und der Hinweis auf die Geschichte des Gefängnisses hat sicherlich zur merklichen Verbesserung der Situation in der letzten Zeit beigetragen. Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Kistarcsa Polizeigelände. Oberst Nagy Istvan, der seit letztem Jahr die Anstalt leitet, stockt auf die Frage nach dem Grund der Schließung: "Ein dunkler Punkt in der Geschichte hat dazu geführt", sagt er. Dann, im Tonfall der Belanglosigkeit: "Vor 1945 saßen hier die Kommunisten ein, und nach 1945 die Antikommunisten." Die Nachfrage, ob vor 1945 Juden in Kistarcsa inhaftiert worden seien, fegt er vom Tisch. "Da waren nur politische Häftlinge, denn in Ungarn hatten wir kein Auschwitz." Tatsächlich gingen die ersten Transporte jüdischer Häftlinge am 27. und 28. April 1944 von Kistarcsa nach Auschwitz. Das beschreibt Raul Hilberg in seinem Werk über die Vernichtung der europäischen Juden. Den ersten Transporten folgten große Verhaftungswellen, die Internierungen in dem Sammellager und die systematischen Deportationen nach Auschwitz. Nach dem 19. März 1944, der faktischen NS-Besatzung Ungarns, hatte ein neugebildetes Sondereinsatzkommando unter dem persönlichen Kommando von Eichmann "die erfahrensten Deportationsexperten des RSHA [Reichssicherheitshauptamt] in einem einzigen, verheerend schlagkräftigen Stab zusammengefaßt". Dieses Kommando arbeitete in aller Kürze die Verhaftungs-, Evakuierungs- und Eisenbahn-Fahrpläne zur Deportation der ungarischen Juden und Jüdinnen aus. Eichmann intervenierte persönlich in Kistarcsa, um die Abtransporte zu beschleunigen. Aus den Zügen, die Ungarn über die Slowakei verließen, habe man Schreie hören können, schreibt Hilberg. Bei Hitze und Wassernot starben manche bereits auf dem Transport. Berüchtigt blieb das Gefängnis auch nach 1945. Bis in die 50er Jahre saßen dort politische Gefangene ein. Die aktuelle Schließungsphase des Abschiebegefängnisses begann am 15. Juli 1995. Die Flüchtlinge in Ungarn, deren äußerst prekäre Existenz gerade im Moment der Schließung von Kistarcsa sichtbar werden könnte, werden auf schnellstem Weg in die Nachbarstaaten abgeschoben oder verlegt. Die neuen Lager befinden sich mehr als 100 Kilometer außerhalb der Hauptstadt. Menschenrechtsorganisationen werden sie wegen der hohen Reisekosten und der erschwerten Besuchsgenehmigungen nur noch schwerlich erreichen. Nicht mehr die gewöhnliche Polizei, sondern der Grenzschutz wird die Flüchtlinge mit Wehrpflichtigen und Berufssoldaten auf Militärgelände bewachen. Die Afrikaner befürchten, daß ihre Gruppe durch die Verlegung zerrissen werden könnte und sich ihre Haftbedingungen drastisch verschlechtern werden. Kein Außenstehender werde bezeugen können, was mit ihnen geschehen wird. Die Martin-Luther-King-Organisation, die die Abschiebehäftlinge in Kistarcsa betreut hat, weist auf die drohende Militarisierung der Flüchtlingsfrage in Ungarn hin. Die kritische Öffentlichkeit zugunsten von Gefangenen aus Afrika und Asien, die die Menschenrechtsorganisationen mühsam haben aufbauen müssen, werde durch die Verlegungen vorerst zerstört. Dafür gibt die Abschiebung von 19 Tamilen und Singhalesen, den Überlebenden der Fluchttragödie von Győr, ein beredtes Zeugnis. Sie gehörten zu einer Gruppe von vierzig Personen, die am 13./14. Juni die Flucht über die Grenzen in einem LKW-Container versucht hatten. Achtzehn von ihnen erstickten. Die Überlebenden wurden auf einem Militärgelände des Grenzschutzes in der ungarischen Stadt Győr interniert. Am 5. August wurden sie abgeschoben, fernab der Öffentlichkeit. Keine ungarische Zeitung berichtete darüber, kein Protest regte sich.

[der Text erschien in der Frankfurter Rundschau vom 25.8.1995]